



Dies ist eine Leseprobe von Klett-Cotta. Dieses Buch und unser
gesamtes Programm finden Sie unter www.klett-cotta.de

FELIX HEIDENREICH

DEMOKRATIE
ALS ZUMUTUNG

Für eine andere Bürgerlichkeit

KLETT-COTTA

Klett-Cotta

www.klett-cotta.de

© 2022 by J. G. Cotta'sche Buchhandlung Nachfolger GmbH,
gegr. 1659, Stuttgart

Alle Rechte vorbehalten

Cover: Rothfos & Gabler, Hamburg

unter Verwendung einer Abbildung von Shutterstock/SFC

Gesetzt von Dörlemann Satz, Lemförde

Gedruckt und gebunden von GGP Media GmbH, Pößneck

ISBN 978-3-608-98079-0

E-Book ISBN 978-3-608-11925-1

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation

in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische

Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung: Zeitenwende	9
Die autoritäre Herausforderung – die Feinde der Demokratie · Mögliche Erklärungen: Die große Entfremdung · Wege aus der Entfremdung · Zum Aufbau des Buches	
2. Krisendiagnosen im Vergleich	29
Die Anfeindung von innen · Zwei Hauptstraßen, viele Nebenwege · An jeder Ecke stehen Menschen, deren Meinung uns gefällt · Krise oder Syndrom? · Die latente und die eskalierende Krise · Distanzrepräsentation: Entfremdung ist nicht nur schlecht · Angriffe von außen: Das Ende der Feindlosigkeit · Suchrichtung, nicht Antwort	
3. »Angebote machen« - Demokratie als Konsum	55
Eine singularisierte Wählerschaft? · Neue Input-Kanäle · Aporien demokratischer Angebotspolitik · Beteiligung als Konsum	
4. Die falsche Ansprache	69
Ökonomisierung: <i>liefern</i> · Emotionalisierung: Das Bauchgefühl · Welche Furcht wem zumuten? · Infantilisierung: der große Spaß ·	

Infantilisierung und Pädagogisierung · Rollen spielen – und zugleich ernst nehmen · Die Rolle des Bürgers und der Bürgerin

- 5. Eine Demokratie, die in Anspruch nimmt** **97**
- Haben wir Identitäten oder Erfahrungen? · Erfahrungen statt Identität · Die maximale Zumutung · Der Körper als absolute Grenze · Von Churchill zur Gegenwart · Republik von Venedig: Arsenalen · *The New Republic*: Die USA als neues Rom
- 6. Eine andere Bürgerlichkeit** **123**
- Institutionen statt Personen · Der Bürger und der *citoyen* · Was ist eine *citoyenne*, was ein *citoyen*? · Der Mensch antwortet: Responsive Subjekte · Von Lévinas über Althusser zu uns · Das *Ego* des *Cogito* als responsives Wesen · Von Lévinas zur Subjektivierung · Was genau bedeutet es, in Anspruch genommen zu werden? · Inner life? Von Monty Python's merchant banker zu Trump · Wo und wie entstehen Bürgerinnen und Bürger? · Was ist »soziales Kapital«? · Die normativen Grundlagen des demokratischen Staates · Politik der Zumutung: Mit Haut und Haaren
- 7. Vom Wehrdienst zum Bürgerdienst** **169**
- Die USA und ihre *Army* · Frankreich: Die *Levée en masse* und die *grande armée* · Die Armee als Egalisierungsmaschine · Der »andere Machiavelli« – die Bürgerarmee · Bürgerdienste – noch einmal: Die Schweiz · Sanitäter mit »Stichwesten« – oder lieber Pflichtfeuerwehr? · Hand- und Spanndienste: Deutsche Traditionen ·

Die dunkle Seite: Bürgerwehren · Tsahal –
Die israelische Armee · Die Utopie der
Universal Army

- 8. Wahlpflicht: Entscheiden als Zumutung** 207
Das Hochamt der Demokratie · Antreten
zum Wählen! · Wahlen als Instrument der
Disziplinierung · Wahlpflicht – einige
Beispiele · Die »Stimmpflicht« · Was bewirkt
eine Wahlpflicht?
- 9. Einberufung in einen Bürgerrat durch Los** 227
Die athenische Praxis · Die Landsgemeinde
von Glarus · Per Los in den Bürgerrat · Welche
Rolle für Bürgerräte?
- 10. Gemeinsam urteilen: Schöffen** 245
»Die zwölf Geschworenen« als Demokratie-
drama · Was genau leisten Schöffen? · »Unser«
Rechtsstaat?
- 11. Politische Bildung:**
Subjektivierung in der Schule 257
Eine andere Perspektive auf Bildung: In An-
spruch nehmen · Demokratie als Lerngemein-
schaft · Condorcet: Demokratie als Bildungs-
projekt · Die Rolle der Musik bei Aristoteles ·
Der »Schuldienst« im weitesten Sinne
- 12. Zumutung konkret:**
Ein Gedankenexperiment 271
Die Ebene der Gemeinden: Vom Putztag zur
Pflichtfeuerwehr · Die Landesebene: Regionale
Zugehörigkeit · Der Bund: Über Bufdis und
ihre Verallgemeinerbarkeit · Europa dienen –
ist das denkbar? · Wo machst Du Deinen
Bürgertag?

13. Ausblick: Freiheit und Beteiligung	283
Noch einmal: »Zeitenwende« · Pervertierung von Freiheit · Die Grenzen der individuellen Freiheit · Passivitätskompetenz: Sich bestim- men lassen · Die Zumutungen der Freiheit	
Nachwort	297
ANHANG	
Anmerkungen	301
Literaturverzeichnis	315
Register	325
Bildnachweis	332

1

Einleitung: Zeitenwende

Der 24. Februar 2022. Um 4.30 Uhr werden die ersten Angriffe auf die Ukraine gemeldet. Die Russische Föderation attackiert einen souveränen Staat aus mehreren Richtungen. Cyberangriffe gab es schon in den Tagen zuvor, nun aber werden Luftangriffe und Raketenbeschuss gemeldet. Mehrere Grenzposten werden überrannt, Panzer überqueren die Grenze. Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj ruft den Kriegszustand aus. Schon bald sind die Ausfallstraßen von Kiew verstopft. Es war schon vorher Krieg in Europa, in der Ostukraine, aber jetzt geht es plötzlich um einen großen, um einen offenen Krieg gegen ein ganzes Land, um einen Krieg zwischen Staaten, nicht zwischen einem Staat und selbsternannten »Volkrepubliken«, in denen Räuberbanden regieren.

Katastrophen werden nicht dadurch weniger schockierend, dass sie vorhersehbar waren. Obwohl nach Monaten des Truppenaufmarschs, der Hassreden, der Propagandalügen im russischen Staatsfernsehen niemand überrascht sein kann, ist man doch entsetzt: Putin tut es wirklich! Er beginnt einfach einen Krieg! Wenn es noch irgendeines Belegs für die akute Bedrohung der Demokratie durch den Nationalismus und Autoritarismus bedürft hätte – Putins

Angriffskrieg gegen die Ukraine hat ihn geliefert. Der Nebel ist endgültig weg, alle, nicht nur die Finnen und Balten, die US-Amerikaner, die Menschen in Hongkong oder Taiwan können nun sehen, dass sich die Demokratien in einem Abwehrkampf befinden.

Dies ist eigentlich keine neue Erkenntnis. Denn es gibt nicht nur eine äußere Anfeindung der Demokratie. Längst war der Niedergang in vielen Demokratien nicht nur atmosphärisch zu spüren, sondern auch empirisch belegbar. Eine Fokussierung auf die äußeren Feinde der Demokratie ist verständlich und geboten. Aber Wladimir Putin und Xi Jinping haben kein überzeugendes Gegenmodell anzubieten, sonst bräuchten sie die Zensur nicht. Sie können die Demokratie nur militärisch bedrohen, nicht intellektuell. Gefährlich ist ihr autoritäres Modell nur, wenn es auch in den Demokratien auf Resonanz stößt – bei denjenigen, die autoritär fühlen und denken. Die eigentliche Gefahr geht von der Erosion demokratischer Werte, Gewohnheiten, Normen aus, die im Inneren stattfindet.¹

Ja, es stimmt: Von einer Krise der Demokratie, der politischen Parteien oder der politischen Repräsentation ist seit langem die Rede. Und doch wäre es gefährlich aus der langen Geschichte derartiger Diskussionen auf ihre Irrelevanz zu schließen und die aktuellen Krisendiagnosen als unvermeidliche Begleitmelodie des demokratischen Alltags oder als unangemessene Dramatisierung abzutun.² Die Entwicklungen in vielen etablierten Demokratien, aber auch in Osteuropa oder Lateinamerika zeigen, dass Demokratien hochgradig fragile Gebilde sind und das Abgleiten in Autoritarismus eine reale Gefahr darstellt. Gerade wenn man davon ausgeht, dass die Erosion der Demokratie leise und un-

scheinbar vonstattengehen kann, gibt es gute Gründe, sich Sorgen zu machen, auch nach der Wahl Joe Bidens.³

Womöglich besteht gerade darin ein zweiter Schock, der allen Demokraten nach Putins Angriff in die Glieder fahren sollte: Erstmals gibt es in den USA keinen Moment des parteiübergreifenden *rallying behind the flag*, des Sich-Versammelns hinter der Flagge. Weite Teile der Republikaner sind immer noch, wie ihr Anführer Trump, begeistert davon, wie clever und geschickt Putin vorgeht. Sie kritisieren Biden, nicht Putin. Mit der erhofften Einigkeit des Westens ist es nicht weit her. Auch in Europa tun sich bald Risse auf. Viktor Orban, lange ein enger Freund Putins, will keine Waffen über Ungarn an die Ukraine liefern lassen.

Die autoritäre Herausforderung - die Feinde der Demokratie

Eine erste Herausforderung besteht darin, diese Feinderklärung anzunehmen, die Verfechter autoritärer, xenophober oder populistischer Demokratiekonzeptionen als das zu sehen, was sie sind: Feinde der Demokratie, nicht bloß Gegner in einem fairen Wettbewerb. Sie mögen das Gegenteil für sich in Anspruch nehmen, sich als Retter der »wahren« oder Ermöglicher einer »eigentlichen« »Volksdemokratie« inszenieren. Aber es ist wichtig, sich hier keine Illusionen zu machen. Was hier als »Demokratie« bezeichnet wird ist nichts anderes als eine ethnozentrische, den Institutionen und Verfahren des Rechtsstaats feindlich gegenüberstehende politische Ideologie. Wenn unter »illiberaler Demokratie« zu verstehen ist, dass die Möglichkeiten der Opposition be-

schnitten, dass Minderheitenrechte ausgesetzt werden und ein Klima der Feindseligkeit und der Verleumdung einzieht, so haben wir es mit dem Gegenteil von Demokratie zu tun.

Aus guten Gründen schreckt man in Demokratien davor zurück, in den Kategorien von Freund und Feind zu denken. Schließlich stammt diese Begrifflichkeit von Carl Schmitt, also gerade von den Feinden der liberalen Demokratie. Aber es sind nicht nur ideenpolitische Skrupel, die zögerlich machen. Feindverleugnung ist auch bequem. Es wäre schön, wenn Donald Trump, Viktor Orban oder der neue polnische Nationalismus nur temporäre Ausschläge darstellten. Auch bei der jahrelangen Verharmlosung Putins war der Wunsch der Vater des Gedankens. Man wollte nicht sehen, was man hätte sehen müssen.

Vor allem das an ökonomischen Modellen geschulte Denken lässt sich leicht dazu verführen, so etwas wie eine Tendenz zu Mittelwerten anzunehmen. So kennt man das aus der Ökonomie: Preise, Angebote, ja selbst Börsenwerte streben trotz heftiger Ausschläge langfristig auf so etwas wie ausgeglichene Mittelwerte zu. Der Trend werde schon irgendwann wieder umschlagen, so war lange zu hören. Das Pendel werde auch wieder in die andere Richtung schwingen.

Aber ökonomische Modelle lassen sich nicht so einfach auf die Politik übertragen. Nichts gibt Anlass zu der Vermutung, dass sich die repräsentativen, liberalen Demokratien wie durch Naturgesetze oder eine unsichtbare Hand des politischen Marktes selbst stabilisieren werden. Die Leitmetapher des Pendels ist in dieser Hinsicht verführerisch. Es suggeriert, es gäbe so etwas wie eine natürliche Schwerkraft, die die Dinge wieder ins Lot bringen werde.

Ein zweiter Denkfehler besteht in der Bildung falscher historischer Analogien. Es stimmt natürlich, dass zahlreiche Phänomene der Gegenwart auch schon früher zu beobachten waren. Was heute *echo-chamber* heißt, war früher die Parteizeitung. Immer schon gab es Polarisierung, selbst politische Gewalt. Vor allem in den USA ist vor diesem Hintergrund zu hören, die Verfassung habe schon viel schlimmere Dinge überlebt: einen Bürgerkrieg, zwei Weltkriege, Präsidentenmorde, Vietnam, selbst Nixon, Reagan und George W. Bush. Das Demokratiegefühl der Amerikaner sei stärker denn je, die Institutionen wehrfähig, die Öffentlichkeit wach.

Aber diese historischen Analogien drücken keine logische Notwendigkeit aus. Dass eine Notlandung bei Sturm und ohne Sicht bereits fünf Mal geklappt hat, besagt nicht, dass es auch beim nächsten Mal gutgehen wird. Aus deutscher Sicht müsste gerade die Formulierung »immer schon« hellhörig machen: Immer schon gab es *fake news*, Verleumdung, Hetze, Antisemitismus, Verschwörungstheorien. Aber vor dem Hintergrund historischer Erfahrung wird man ergänzen müssen: Immer schon gab es massenhafte politische Gewalt, den Kollaps politischer Systeme, verheerende Kriege. Dass die heutigen *fake news* in den »Protokollen der Weisen von Zion« einen historischen Vorläufer haben, wäre dann gerade alles andere als beruhigend. Es gibt gute Gründe, alarmiert zu sein.

Eine verharmlosende Einschätzung der Lage ist folglich gefährlich, selbst wenn man nicht, wie Barbara F. Walther, die Bedingungen für einen amerikanischen Bürgerkrieg als gegeben betrachtet.⁴ Wenn Demokratie vor allem durch Rechtspopulisten und Rechtsextreme bedroht wird, ist es

für konservative Parteien verführerisch, diesen Umstand zu verharmlosen. Dort versucht man sich einzureden, Donald Trump sei vielleicht gar nicht so schlimm, ein bisschen nationalistische und populistische Töne vielleicht unschön, aber im Kampf gegen die verhasste Linke durchaus nützlich. In den USA sind es vor allem evangelikale Gruppen, die so argumentieren: Im Kampf gegen Homo-Ehe und Abtreibung seien alle Mittel recht, selbst Trump, der alle christlichen und konservativen Moralvorstellungen öffentlich verhöhnt, für den jede Schwäche ein Makel darstellt. Man muss es in dieser Härte sagen: Donald Trump dürfte Jesus wohl nur als *loser* betrachten – und die Evangelikalen wissen es. Es ist ihnen egal, denn im Kampf gegen den Satan ist der Beelzebub ein willkommener Verbündeter. Nur so ist zu erklären, dass rund 80 Prozent der evangelikalen Christen in den USA für eine Person als Präsidenten stimmten, dem konservative Werte wie Bescheidenheit, Zurückhaltung, Höflichkeit und Respekt vollkommen wesensfremd sind.

Historische Vergleiche sind immer heikel, wie wir gesehen haben. Vor allem vor Vergleichen mit der NS-Zeit wird zu Recht gewarnt. Und doch: Bestand nicht genau darin der Denkfehler des deutschen Konservatismus? Hitler sei zwar dumm, unmoralisch, unbürgerlich – aber immer noch besser als die Kommunisten. Man werde ihn schon einbinden und zivilisieren können, so lautete das Kalkül. Auch dies war eine Feindverleugnung, die viele im deutschen Konservatismus bitter bereut haben. Vor allem konservative Parteien stehen in der Gefahr, sich zum Steigbügelhalter explizit antidemokratischer Kräfte zu werden. Im November 2020 gewann Donald Trump wohlgerne Stimmen

hinzu. Damit sinkt die Wahrscheinlichkeit, dass sich Republikaner und Trumpisten wieder trennen werden. Auch in Osteuropa sehen wir solche Bündnisse.

Diese Gefahr ist vor allem deshalb akut, weil die neuen Feinde der Demokratie sich selbst als Demokraten bezeichnen. Der neue Nationalismus, Populismus und Autoritarismus sehen anders aus als der Nationalsozialismus. Die neuen Feinde der Demokratie kommen fröhlicher, professioneller, meist, wenn auch nicht immer, weniger plebejisch daher. Man gibt sich bürgerlich oder gar postmodern, als rechte Hipster, vielleicht gar intellektuell. Einige zusammengehörte Theorieversatzstücke aus dem ideengeschichtlichen Proseminar zur Zwischenkriegszeit werden wie Puderzucker über die Propaganda des Hasses gestreut.

Doch die antidemokratische Ausrichtung ist unbestreitbar. Was soll ein von der neuen Rechten verbreitetes Wort wie »Remigration« am Ende anderes bezeichnen als eine sanftere oder unsanftere Form der ethnischen Säuberung? Was soll ein Wort wie »Ethnopluralismus« anderes kaschieren als ein durch und durch völkisches Denken, das Menschen auf ihre Herkunft reduziert und Individuen durch Stammeszugehörigkeit ordnet? In den USA lässt sich beobachten, was geschieht, wenn konservative Kreise dies verkennen, wenn sie wie die evangelikalen Christen glauben, ein Bündnis zwischen Wertkonservativen und Populisten eingehen zu können. Konservativen, die glauben, Populisten als nützliche Idioten instrumentalisieren zu können, droht ein schreckliches Erwachen. Sie selbst enden als die benutzten Idioten der neuen populistischen Regierungen.

Der Mann, der sich damit brüstete, Frauen jederzeit an die »Pussy« greifen zu können, diffamierte den republikana-

nischen Kriegshelden John McCain als Feigling. Er biederte sich bei Feinden der USA wie Wladimir Putin an (warum auch immer) und hofierte Autokraten wie Erdoğan.

In diesem Sinne ist Putins offene Aggression zwar militärisch der gefährlichste Gegner der Demokratie, aber ideologisch besteht die größte Herausforderung in der internen Aushöhlung der Demokratie – die oft im Namen der Demokratie betrieben wird. Zwar mag es für einen Moment so scheinen, als führe die Aggression von außen alle Demokratinnen und Demokraten im Inneren zusammen. Doch dem ist nicht so. Ein äußerer Feind allein wird die Brüche in den demokratischen Gesellschaften nicht heilen können. Die Demokratie muss auch nach innen gestärkt werden.

Mögliche Erklärungen: Die große Entfremdung

Feindverleugnung kann träge machen. Und doch folgt aus der Anerkennung einer ernsten Lage noch nichts über mögliche Handlungsoptionen. Dazu müsste man eine präzise Theorie darüber haben, was eigentlich in die Krise der Demokratie geführt hat. Interessanter als die Populisten und Demagogen sind dabei ihre Wählerinnen und Wähler. Ein Konsens ist hier kaum zu erwarten, weder in der Politik noch in der Politikwissenschaft. Und doch gibt es so etwas wie dominante Erklärungen, Narrative, die die große Entfremdung erklären sollen.

Aber was genau bedeutet in diesem Kontext »Entfremdung«?⁵ Sind sich hier zwei Partner »fremd« geworden, die eigentlich zusammengehören? Oder handelt es sich um

eine Form von Fremdheit, die unvermeidlich ist, die vielleicht gerade durch Differenz produktiv werden kann? Meist scheint das erste Bild zu dominieren. Schnell ist man versucht, fragwürdige Kontrastfolien einer vermeintlich besseren Vergangenheit zu verwenden. Meist wird der Begriff der »Entfremdung« diffus benutzt, um eine Unzufriedenheit, einen Groll, eine systematische Frustration zu beschreiben.

Eine weit verbreitete Erklärung für diese Gefühlslage in der repräsentativen Demokratie lautet, dass es sich um eine Störung des Verhältnisses zwischen Bürgerinnen und Bürgern⁶ einerseits und politischen Verantwortungsträgern andererseits handelt.⁷ Die Störung dieses Resonanzverhältnisses⁸ wird meist als eine mangelnde Responsivität des politischen Systems beschrieben: Interessen und Präferenzen vor allem von ökonomisch schwachen oder kulturell marginalisierten Gruppen würden so lange überhört⁹, bis sie sich irgendwann eruptiv in populistischen Bewegungen artikulierten. »Hört uns endlich zu!«, scheinen aus dieser Perspektive diejenigen zu rufen, die zu den Verlierern von Globalisierung, Migration und ökonomischer Dynamisierung gehören oder sich zumindest potenziell davon bedroht sehen. Die Krise der repräsentativen Demokratie ist aus dieser Sicht abzuwenden, indem »die Politik« auf den Anspruch der Bürgerinnen und Bürger möglichst genau und schnell, ja womöglich gar »unvermittelt« antwortet.

Genau dies – eine *unvermittelte* Umsetzung des Volkswillens – versprechen bekanntlich die Populisten, Nationalisten und autoritären Führer.¹⁰ Dies würde erklären, warum Donald Trump im Herbst 2020 weitere Stimmen hinzugewinnen konnte – trotz einer katastrophalen Amtszeit.

Aber besteht das Problem tatsächlich ausschließlich in mangelnder Responsivität? Bisweilen scheint es, als sei die Kommunikation nicht nur bezogen auf Sachfragen wie die Migrationspolitik gestört. Es gibt eine Entfremdung zwischen den Bürgerinnen und Bürgern einerseits und *ihrem* Staat andererseits. Gerade das Possessivpronomen kommt nur noch wenigen über die Lippen. Wer redet heute noch von »meinem Staat«, »meiner Bundeskanzlerin«, »meinem Bundespräsidenten«? Viele erleben diesen Staat nicht als »ihren« Staat. Manche lehnen ihn offen ab, Rechtsextreme, Linksextreme, »Reichsbürger«. Andere haben innerlich gekündigt, interessieren sich nicht mehr für Politik, wollen mit »all dem« nichts mehr zu tun haben. Sie beobachten die Politik voller Wut und Groll, skeptisch gegenüber denen »da oben«. Und in der mildesten Form besteht die Entfremdung darin, aus dem politischen Gemeinwesen möglichst viel herauszuholen und zugleich möglichst wenig hineinzustecken: ökonomischer Opportunismus.

In Deutschland und der Schweiz mögen diese Krisensymptome nicht gefährlich erscheinen. Aber wie sieht es in anderen Ländern aus? In den USA, Brasilien, Österreich, Ungarn, Polen?

Obwohl viele dieser Trends global ähnlich zu verlaufen scheinen, gibt es jedoch große nationale Unterschiede. In Frankreich beispielsweise ist die Entfremdung besonders groß. Die politische Kultur oszilliert hier zwischen überhöhten Erwartungen an einen Staat, der alles und jedes leisten soll einerseits, und dem Groll gegen »die da oben«, deren oft malträtierte Inkarnation der normale Polizist, Sanitäter oder Feuerwehrmann (oder -frau) darstellt, der in den Hochhaussiedlungen mit Verachtung und Steinen »begrüßt

wird. Von einer »Entfremdung« zu sprechen, scheint da schon euphemistisch. Auch in Deutschland werden immer öfter Beamte angepöbelt, bespuckt, bedroht. Die Stimmung schaukelt sich seit Jahren hoch. Es gibt Gewalt in beide Richtungen. Als im November 2020 drei Polizisten in Paris einen schwarzen Musikproduzenten über zwanzig Minuten maltätigten, konnte man, dank einer Videokamera, einen Blick in den Abgrund werfen.

Angegriffen werden in Frankreich jedoch nicht nur Polizisten, nicht nur massenhaft stationäre Radarstationen, die wähen der Proteste der Gelbwesten flächendeckend zerstört wurden, sondern auch die Symbole der Republik selbst. In Deutschland wenig bekannt ist beispielweise, dass in Frankreich zu dutzenden die öffentlichen Bibliotheken in kleinen Gemeinden zum Opfer des Vandalismus werden besprüht oder schlicht niedergebrannt. Wie groß muss eine Enttäuschung sein, wie weit der Weg in die Entzivilisierung gegangen, um eine Bibliothek anzuzünden? Die Zerstörung der Bibliothek von Leuven durch die Deutschen ist aus guten Gründen in unserem kollektiven Gedächtnis als barbarischer Akt eingebrannt.

Und am anderen Ende des Spektrums? Am Genfer See ist der Weg nicht weit in eine recht andere soziale Wirklichkeit. Ja, auch in der Schweiz gibt es bisweilen Frustration über Politik. Basel war lange bekannt für seine Hooligan-Szene. Doch Angriffe auf Feuerwehrmänner sind hier vollends unbekannt. Dass Sanitäter flächendeckend mit Stichwesten ausgerüstet werden wie in Niedersachsen, wäre hier undenkbar. Auch in der Eidgenossenschaft ist nicht alles so schön, wie es im Licht des Alpenglühens aussehen mag. Und doch: Das Verhältnis von Bürgerinnen

und Bürgern einerseits und Staat andererseits ist ein ganz anderes.

Gerade in diesen Unterschieden zwischen Ländern keimt also eine Hoffnung: Die Krise der Demokratie ist kein Schicksal. Wenn es manchen Ländern besser geht als anderen, dann doch wohl deshalb, weil man dort manche Sachen anders macht, offenbar besser. Es gibt Handlungsoptionen. Aber welche?

Wege aus der Entfremdung

Der vorliegende Essay versucht, diese Entfremdung genauer zu verstehen und einen anderen Weg aus dieser Sackgasse aufzuzeigen. Was hier vorgeschlagen wird, ist eine Art kopernikanische Wende in der Art und Weise, das Verhältnis von Bürgerinnen und Bürgern einerseits und »dem Staat« oder »der Politik« zu denken. Für gewöhnlich ist zu hören, »die Politik« solle »liefern«. Bürgerinnen und Bürger stellen Ansprüche an die Demokratie – und diese hat zu reagieren. Die Formel vom *Anspruch der Demokratie* wird in der Regel so aufgefasst, dass »wir« einen Anspruch haben auf Demokratie. Demokratie ist etwas, das den Menschen oder zumindest den Bürgerinnen und Bürgern zusteht, etwas, worauf wir Anspruch erheben können.

Diese Sichtweise ist richtig. Schon in den Menschenrechten steckt potenziell ein Anspruch auf demokratische Mitbestimmung. Und doch ist diese Sichtweise, wenn man sich die Geschichte der Demokratie ansieht, relativ neu. Und relativ einseitig. Denn es gibt auch einen umgekehrten Anspruch: einen Anspruch, den die Demokratie an Bürge-

rinnen und Bürger stellt. Etwas gestelzt formuliert: Die Demokratie nimmt uns in Anspruch. Sie ist immer auch eine Zumutung.

Diese Einsicht ist wie gesagt nicht neu. Im Gegenteil: Dass Demokratie auch mit Pflichten einhergeht, ist eine Trivialität. Aber die Idee des Anspruchs und der Zumutung geht weiter. Er besagt nicht nur, dass Personen Pflichten haben, sondern dass es Personen verändert, in Anspruch genommen zu werden, dass Antworten und Haltungen entstehen, je nachdem ob und wie man in Anspruch genommen wird, je nachdem wie man angesprochen wird.

Dieser Essay schlägt daher versuchsshalber einen Perspektivwechsel vor, der die Bemühungen um eine Ausweitung der Partizipation weder kritisieren noch gar konterkarieren, aber doch wesentlich *ergänzen* soll. Könnte die Rede vom Anspruch *auf* Beteiligung nicht auch anders gelesen werden, als ein Anspruch *der* Demokratie, ein Anspruch, den nicht die Bürger gegenüber »der Politik« formulieren, sondern den die Demokratie an die Bürger stellt? Diese Umkehrung der Perspektive geht von der Hypothese aus, dass in gestörten Beziehungen stets beide Seiten das jeweilige Verhalten überdenken müssen. Neben der Frustration von Bürgerinnen und Bürgern, die sich nicht »gehört« fühlen, gibt es auch eine Ermüdung von Verantwortungsträgern, die sich einem unspezifischen politischen Unmut ausgesetzt sehen, der bisweilen mit politischem Desinteresse und mangelndem Engagement einhergeht.¹¹ Selbst auf kommunaler Ebene werden heute Politikerinnen und Politiker immer öfter angefeindet.

Versteht man Demokratie als ein Resonanzverhältnis zwischen Bürgerinnen und Bürgern einerseits und politi-

schen Verantwortungsträgern andererseits, so muss dieses Verhältnis als ein Dialog gedacht werden, in dem keineswegs nur die eine Seite auf die andere zu hören hat. Resonanzverweigerung findet nicht nur durch jene politischen Eliten statt, die keine Kultur des Zuhörens pflegen; sie kann auch bei Bürgerinnen und Bürgern beobachtet werden, die glauben, dem politischen Gemeinwesen nichts zu schulden, ihm voller Rechte aber ohne Pflichten gegenüberzustehen. Demokratie ist jedoch eine Regierungsform, die uns nicht nur erlaubt, unsere Ansprüche zu formulieren, sondern die uns auch *in Anspruch nimmt*.¹² Sie formuliert – mit Christoph Möllers gesprochen – nicht nur Versprechen, sondern auch Zumutungen.¹³

Dies würde aber voraussetzen, dass man Demokratie wieder als das wahrnimmt, was sie historisch immer schon war: ein sehr anstrengendes Geschäft. Dies wird besonders deutlich in den antiken Formen von Demokratie, die wir heute wohl kaum als solche bezeichnen würden. Beteiligung war hier nicht so sehr etwas, was einem zustand, sondern etwas, das wie ein Frondienst für die Allgemeinheit abzuleisten war. Schon in Athen gab es konkrete Techniken, mit denen die Beteiligung an Ratsversammlungen regelrecht erzwungen wurde. *Demokratie als Zumutung* – dies würde bedeuten, dass man ein *Framing* überwindet, indem eine Demokratie vorrangig darin besteht, Ansprüche zu artikulieren und Forderungen zu stellen. Demokratie würde dann bedeuten, auch gefordert zu werden.

Der Begriff der Zumutung enthält zwei Bedeutungsfacetten. Eine Zumutung kann unangenehm, belastend, lästig sein. Dies meinen wir, wenn davon die Rede ist, die Feinstaubbelastung an einer Ausfallstraße sei »unzumutbar«.

Eine solche Zumutung verfolgt keinen höheren Zweck, sie wird nicht durch einen Sinn gerechtfertigt. Dann aber gibt es auch Dinge, die wir uns selbst zumuten. Wer zu Fuß die Alpen überquert, mutet sich durchaus auch etwas zu – das Ganze ist schließlich auch eine Strapaze. Aber in diesem zweiten Fall handelt es sich um eine Zumutung, die wir uns *aus guten Gründen* antun. In der Zumutung steckt dann auch der Mut. Wer in München losläuft und bis Venedig gehen will, mutet sich im Doppelsinn etwas zu: Er oder sie traut sich auch etwas zu. Es besteht die Hoffnung, dass durch die Zumutung etwas zum Vorschein kommt, sich eine Haltung entwickelt, ein Charakterzug zeigt, der ohne Zumutung vielleicht verschüttet bliebe.

In diesem zweiten Sinne ließe sich die Demokratie als eine Zumutung lesen, die wir uns selbst antun. Nicht behelligt zu werden, sich nicht interessieren zu müssen, sich auf die bloße Beobachtung zurückzuziehen wäre vielleicht einfacher. Aber eine echte Demokratie ist eben mehr als eine solche Service-Einheit. Sie ist vor allem nicht eine Zumutung, die den Bürgerinnen und Bürgern *von anderen*, von »denen da oben« angetan wird, sondern etwas, das sich eine demokratische Gemeinschaft von Bürgerinnen und Bürgern im besten Falle selbst auferlegt. Demokratie ist dann nicht etwas, auf das »wir« Bürgerinnen und Bürger Anspruch haben, sondern etwas, das uns in Anspruch nimmt.

Eine solche kopernikanische Wende impliziert eine Umkehr oder zumindest Gleichverteilung der Problemzuschreibung. Dem einseitigen Vorwurf, »die Politik« sei zu wenig responsiv, kommt nun eine ergänzende Diagnose hinzu: Es gibt auch so etwas wie eine Krise des Bürgersinns. Was ist damit gemeint?

Ein wichtiger Schritt besteht zunächst darin, *Bürgerlichkeit als Haltung* zu verstehen.¹⁴ Bürgerlichkeit ist kein sozialer Status, sondern eine Disposition zu einem bestimmten Handeln. Eine solche »andere Bürgerlichkeit« wird noch genauer zu bestimmen sein. Vorausschickend lässt sich schon einmal sagen, dass sie nicht naturwüchsig mit den sogenannten »bürgerlichen Parteien« zusammenhängt. Die »andere Bürgerlichkeit« ist auch keineswegs neu – im Gegenteil. Ich versuche zu zeigen, dass in anderen Konstellationen die Bereitschaft zu finden war, sich für das politische Gemeinwesen viel mehr zuzumuten, als es uns heute angemessen erscheint. Im Umkehrschluss lassen sich ausgehend von einem begrifflich klar bestimmten Ideal von Bürgerlichkeit gewisse »Haltungsfehler« beschreiben, die die Krise der Demokratie begünstigen. Wie es dazu kommt, wird uns in Kapitel 2 noch genauer beschäftigen.

In jedem Fall soll diese Diagnose keine moralische Schuldzuschreibung darstellen. Die Alternative zu einer Anspruchshaltung ist nicht ein bloßer Pflichtbegriff, sondern die Umkehrung des Akts des »Anspruchs«, das Zulassen von Zumutung. In diesem Sinne ist das hier verfolgte Projekt auch nicht als konservativ zu begreifen. Es geht nicht um individuelles Fehlverhalten, um einen Appell an moralische Werte oder eine Verfallsdiagnose, die abstrakt den modernen Individualismus zum Problem erklärt. Dass viele Bürgerinnen und Bürger sich so verhalten, wie sie sich verhalten, ist gerade aus Perspektive einer Theorie, die den Menschen als responsives Wesen versteht, nur allzu verständlich. In diesem Sinne handelt dieses Buch von Institutionen und Routinen und appelliert nicht an einzelne Personen.

Eine solche Umkehrung der Perspektive, weg von der

Frage, was die Bürgerinnen und Bürger von der Demokratie erwarten dürfen, hin zu der Frage, was ein demokratischer Staat den Bürgerinnen und Bürgern aus guten Gründen zumuten darf, gewinnt im Moment äußerer Bedrohung an Relevanz. Als am 24. Februar 2022 der Angriff Putins auf die Ukraine begann, waren viele Stimmen zu hören, die Solidarität mit den Opfern russischer Aggression forderten und vorlebten. Aber es gab auch viele Stimmen, die lediglich nach den Konsequenzen für die eigene Situation fragten: Was bedeutet der Krieg für meine Sicherheit, für mein Aktienportfolio, für die Konjunktur und die Inflation in Deutschland? Wird nun das Gas teuer? Wie hoch steigt der Benzinpreis?

Der Angriff stellt alle Demokratinnen und Demokraten vor die Frage, was ihnen das Leben in Freiheit eigentlich wert ist, wie es um die Solidarität wirklich steht. Ist die Demokratie nur ein Mechanismus, der es erlaubt, persönliche Selbstentfaltung, ökonomischen Wohlstand und ein individuelles »Streben nach Glück« zu ermöglichen? Oder geht es doch um mehr? Um ein Leben in Würde, ein Leben ohne Angst, ein Leben in Freiheit? Was wollen wir uns zumuten, um diese Errungenschaften zu verteidigen, rhetorisch und politisch im Inneren, notfalls militärisch nach außen? Haben wir überhaupt noch jene Vorverständnisse, die nötig sind, um zu verstehen, dass Demokratie immer auch eine Zumutung darstellt?

Diese Frage ist leider offen. Die Wahl Trumps hat gezeigt, dass selbst und vor allem im Herzen des »Westens« grundlegende Normen der Demokratie für viele Menschen irrelevant geworden sind. Am Phänomen Trump ist nicht die Person erschreckend, sondern der Umstand, dass so

viele Menschen nicht zu verstehen scheinen, was sein Verhalten tatsächlich bedeutet. Als am 6. Januar 2022 bei einer Gedenkminute im Repräsentantenhaus jenen Personen gedacht wurde, die ein Jahr zuvor bei der Verteidigung des Kapitols gegen den von Trump aufgehetzten Mob ihr Leben verloren hatten, waren nur zwei Republikaner anwesend. Nur Dick Cheney und seine Tochter Liz Cheney waren gekommen.

Zum Aufbau des Buches

In einem ersten Schritt werde ich verschiedene Diagnosen vergleichen, die eine politikwissenschaftlich gestützte Antwort auf die Frage nach den Ursachen einer Krise der Demokratie leisten. Konkurrierende Angebote erweisen sich in der Rekonstruktion als ergänzend und schließen sich nicht unbedingt gegenseitig aus (Kapitel 2). Wer das Gefühl hat, in den vergangenen Jahren genug (oder vielleicht schon zu viel) über die Krise der Demokratie gelesen und gehört zu haben, kann dieses Kapitel auch überspringen. Das folgende Kapitel wird eine kritische Auseinandersetzung mit einem Antwortversuch leisten, der vor allem darauf setzt, »mehr Angebote« zu machen. Partizipation und Deliberation sind zu den zentralen Hoffnungen bei der Suche nach einer Überwindung der Krise geworden. Aber halten sie dieses Versprechen tatsächlich? (Kapitel 3) Eine kritische Perspektivierung der Partizipationswelle rückt ein gewisses Paradox ins Zentrum: Partizipation kann die Form von Konsum annehmen. Interessen zu artikulieren ist legitim, aber eine Gefahr des Partizipations- und Deliberationsparadigmas be-

steht in der Perpetuierung eines ökonomischen *framing*. Im schlimmsten Fall besteht die Partizipation nur darin, eine möglichst präzise Bestellung aufzugeben und dann darüber frustriert zu sein, dass »die Politik« nicht »liefert«.

Vor diesem Hintergrund wird das folgende Kapitel die These entfalten, dass es sich lohnt, den *citoyen* und die *citoyenne* als responsives Wesen wiederzuentdecken. Demokratien sind an sich unbequemer als autoritäre Regime, die zumindest in vielen Fällen das Biotop ungestörter Privatheit anbieten. Zumindest republikanisch verstandene Demokratien fordern etwas – und verändern damit jene, an die sich diese Forderungen richten (Kapitel 4).

Wie das im Einzelnen aussehen kann, historisch ausgesehen hat und auch heute in manchen Ländern noch aussieht, zeigen die folgenden Kapitel, die sich mit den Wehr- und Bürgerdiensten, der Wahlpflicht, der Rekuritierung durch Losverfahren und der verpflichtenden Mitarbeit am Justizwesen beschäftigen. Lassen sich daraus konkrete Vorschläge ableiten? Wie könnte heute eine politische Praxis aussehen, die Bürgerinnen und Bürger nicht nur als Konsumenten anspricht? Zumindest behutsame Schritte in diese Richtung scheinen möglich. Der Ausblick wird abschließend noch einmal die Frage nach den Grenzen des demokratischen Anspruchs diskutieren. Gibt es auch Fälle, in denen man der Demokratie die Antwort verweigern darf? Der Begriff der Freiheit steht dabei im Zentrum; er beinhaltet im Falle politischer Freiheit gänzlich andere Intuitionen und Denkbilder als im Falle ökonomischer Freiheit. In der Demokratie gibt es nicht nur Wahlfreiheit, sondern auch die Freiheit, sich gegenseitig in Anspruch zu nehmen.